

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

**Abonnementspreis** im Monat einschließlich Bringerlohn 1.15 Mk., bei Selbstabholung 1.05 Mk.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 1.25 Mk., bei Selbstabholung 1.15 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 3.45 Mk., für 1 Monat 1.15 Mk. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

**Redaktion:**  
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.  
Fernsprecher: 18008.

**Inserate** kosten die 7gespaltene Pettzeile oder deren Raum 30 Pfg., bei Plagvorschritt 35 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.— Mk. jedes Tausend, bei Zellaufgabe 5.— Mk. — Schluss der Annahme von Inseraten für die 16tägige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

## Friedenskundgebungen in Paris.

### Friedensausichten und östliche Pläne.

Die Friedensfreunde in England haben sich wieder einmal bemüht, die Sache, um die sie dort, wie wir hier kämpfen, vorwärts zu treiben. Sie haben den Versuch gemacht, in einer Resolution die Regierung aufzufordern, sich zu Unterhandlungen bereit zu zeigen, da sie glaubten, daß die Basis zu solchen Unterhandlungen vorhanden oder doch leicht zu schaffen sei. Das Unterhaus hat ihren Wünschen nicht entsprochen, und Balfour hat sich geweigert, Genaueres über Elsass-Lothringen und die dieses Land betreffenden Friedensangebote bekanntzugeben, die angeblich gemacht sein sollen. Hätte er Näheres mitgeteilt, so würden wir es vermutlich auch nicht erfahren. Aber er verwahrte sich ganz entschieden gegen die Auffassung, als beabsichtige die Entente, einen „tatsächlich deutschen Teil Deutschlands, Frankreich oder einem andern Staate auszuliefern“. Das linke Rheinufer vom Deutschen Reich loszureißen, sei „vollständiger Unsinn“, erklärte er mit erfreulicher Deutlichkeit. Und Balfour beteuerte, daß England keine imperialistischen Kriegsziele habe, daß seine Ziele noch immer die gleichen seien, daß er aber vergebens nach den Zielen der Mittelmächte forsche.

Bei der Gelegenheit schnitt er auch die polnische Frage an. Er meinte, daß doch verschiedene Angelegenheiten erst gesichert sein müßten, ehe es einen Sinn und Bestand hätte, sich um den Konferenzstisch zu setzen. Das wäre u. a. möglich, „wenn Deutschland seine Zustimmung dazu geben würde, das alte Königreich Polen in den Grenzen herzustellen, wie sie nach Charakter und nach Bevölkerung polnisch sind. Balfour bezweifelte, daß Deutschland dazu bereit ist, und die kürzlichen Mitteilungen in der deutschen Presse über die deutsch-österreichischen Pläne zur Lösung der polnischen Frage werden ihn in seiner Auffassung bestärkt haben. Das kann man in der Tat nicht ein freies Polen nennen, das nach diesen Plänen gestaltet werden sollte, und das man dem österreichischen Kaiser als dritten Staat zuweisen wollte, während Preußen-Deutschland Kompensationen in Litauen und Kurland für sich beanspruchte. Was sagen die Polen, das heißt das Volk selbst zu diesem Plan? der anscheinend durchgeführt werden sollte, ohne erst eine allgemeine Friedenskonferenz abzuwarten?

Wir stehen staunend vor dieser neuen Leistung unserer Staatsweisheit, die sich früherer würdig anschließt. Aber wir staunen nicht nur; wir sind in hohem Maße beunruhigt, weil wir wissen, daß dies Vorgehen den Krieg auf eine wechselnde wie lange Frist verlängern müßte, und weil die Dementis von Berlin und Wien keine Sicherheit geben, daß die Pläne wirklich aufgegeben sind. Wer war der Ratgeber zu solchem Vorgehen? Erkannte er und erkannten die, die ihm folgten, nicht die ungeheuren Gefahren, die ein solcher Akt zur Folge haben würde? Die Organe aller Parteien äußerten ihre Unzufriedenheit. Aus den verschiedensten Motiven, aber doch alle mit dem mehr oder weniger kräftig vorgebrachten Tadel, daß die Regierung es vorgezogen hat, die Sache geheimnisvoll zu betreiben, und daß sie nicht den Rat und die Billigung des Reichstags zuvor eingeholt hat. Aus den politischen Parteigruppen dürfte also diese Anregung kaum gekommen sein. Sollten nur militärische Gründe den Ausschlag gegeben haben?

Wie dem auch sei, die ganze Entwicklung der Dinge im Osten ist danach angetan, das Volk aufs angelegentlichste zu beschäftigen. Es hat keinen Grund zur Freude. Denn von allem andern abgesehen — die Möglichkeiten eines allgemeinen Friedens würden durch einen solchen Akt auf lange Zeit hinaus vollkommen vernichtet werden, wie sie durch die bloßen Pläne zweifellos schon schwer geschädigt worden sind. Weder Rußland noch die Weststaaten würden ein solches Vorgehen über besetztes Gebiet hinnehmen. Sie könnten nicht mit einem Gegner verhandeln, der über ihre Köpfe hinweg Teile von Rußland an sich riße. Jede Friedensbereitschaft, die hier und da im Aufkeimen war, würde brutal zerstört.

Die deutsche Regierung hat schon durch die Pläne den Gegnern Argumente in die Hand gegeben, mit denen sie die kriegsmüden Massen ihrer Länder neu aufpeitschen können, wenn nicht noch ein absolut unzweifelhaftes Dementi folgt. Sie brauchen nur auf die Antwortnote an den Papst hinzuweisen, auf die die Reichstagsmehrheit so stolz war, weil sie sich gegen gewaltsame Annexionen aussprach, und als Gegenstück die Ideen der deutschen Regierung mit Polen,

Kurland und Litauen daneben zu stellen. Nimmt die Regierung etwa an, daß durch eine solche Aktion der Glaube der Gegner in die Wahrhaftigkeit der deutschen Politik gestärkt würde? Man muß sich dessen bewußt werden, daß die Antwortnote wie ein wertvolles Feigenpapier zerrissen wird, wenn jene Pläne nicht gründlich abgetan werden.

Die Folge wäre: engeres Zusammenschweißen der gegnerischen Gruppen, Intensivierung des Kampfes auf wirtschaftlichem Gebiet, Verstärkung der Zweifel in den weitesten Schichten Deutschlands, ob die Regierung überhaupt noch einen Friedenswillen besitzt und Entmutigung aller der Elemente, die immer noch glaubten, Deutschland führe einen reinen Verteidigungskrieg. Diesen Schichten würden die Augen aufgehen, und wenn sie nicht schon so tief in das Räderwerk des Krieges hineingezogen sind, daß sie sich nicht mehr befreien können, so müßten sie erkennen, daß nur entschlossenste Abkehr vom jetzigen System noch retten könnte.

Der Friedenswille herrscht überall in den Völkern. Eine vernünftige Politik würde auf dieser Tatsache aufbauen und die aufrichtige Verständigung mit den andern Völkern suchen. Die Politik der Gewalt, wie sie sich hier wieder einmal in voller Blüte zeigt, bringt die Friedenssache nicht weiter. Wenn die Reichstagsmehrheit, die den Grafen Hertling auf die Antwortnote an den Papst verpflichtet hat, die Macht besitzt, deren sie sich rühmt, dann muß sie schleunigst den Beweis liefern, indem sie die polnischen Pläne und alles ähnliche, das dem Verständigungsfrieden zuwider ist, gründlich auslehrt aus der deutschen Politik. Kann sie das nicht, so ist ihr Pakt mit dem siebenten Kanzler das Papier nicht wert, das über ihn verschrieben wurde, so ist ihre Macht schon in diesem Punkt nur eine Seifenblase. Versagt aber die Reichstagsmehrheit, und könnte auch das deutsche Volk sie nicht vorwärtstreiben, könnte auch das deutsche Volk nicht die Regierung zu einer wirklichen Politik des Verständigungsfriedens — wir wollen diesen ungenauen Ausdruck der Kürze halber einmal gebrauchen, da kein Zweifel bestehen kann, was wir darunter verstehen — dann würde Balfour recht behalten mit seiner Behauptung, die Kreise, die in Deutschland den Wunsch nach Demokratie befehen, seien zu schwach. Dann würde aber auch jede Aktion für die Völkerverständigung, die in den andern Ländern im Werden ist, lahmgelegt. Dann müßten die Völker vermutlich noch auf wer weiß wie lange Zeit die Leiden des Weltkriegs weiter dulden.

Können wir die Politik der Regierung nicht ändern, so müssen wir geduldig hinnehmen, was sie uns beschert. Eins oder das andre. Dulden oder ändern. Etwas dazwischen gibt es nicht.

### Ein Kabinett Clemenceau?

Paris, 16. November. (Havasmeldung.) Clemenceau hat den Auftrag übernommen, das Kabinett zu bilden.

Die Kombination, die bei der Ablösung des Kabinetts Ribot durch das Kabinett Painlevé-Ribot gerüchtweise auftauchte, ist jetzt zur Wirklichkeit geworden. Clemenceau hat von Poincaré den Auftrag erhalten, die Kabinettsbildung zu übernehmen und er hat den Auftrag angenommen. Damit ist das Bündnis zwischen Poincaré und Clemenceau perfekt geworden. Der kriegshegerrische, den Zwecken der Reaktion dienbare Präsident der Republik will den wildesten der nationalistischen Hege zum Ministerpräsidenten ernennen im Augenblick, wo die Friedensströmung in Frankreich vielleicht stärker ist denn je. Dieser Versuch, Painlevé durch einen der wildesten Chauvinisten zu ersetzen, zeigt, daß der Präsident der Republik und die chauvinistischen Cliques, die hinter ihm stehen, am Ende ihres Lateins sind. Die Schläge in Italien und Rußland haben sie in eine Panikstimmung veretzt, in der sie das letzte Heil in der nationalistischen Diktatur erblicken. Ein Beweis, wie weit die Dinge in Frankreich gediehen sind.

Clemenceau Ministerpräsident, das bedeutet die Fortsetzung des Krieges um imperialistische Ziele willen, das bedeutet die Zurückweisung russischer Friedensvorschläge, das bedeutet die Verstärkung der Reaktion und verstärkte Verfolgung der Friedensfreunde im Innern. Die Ministerpräsidentenschaft Clemenceaus würde einem Kabinett ein so entschiedenes Gepräge geben, daß selbst der Eintritt von Radikalsozialisten oder gar eines Sozialisten in die neue Regierung den Charakter eines solchen Kabinetts nicht abschwächen würde. Er würde nur die unheilbare Kompro-

mittierung der Linksparteien bedeuten, die sich daran beteiligen würden. Die Ausichten für ein Koalitionskabinett unter der Führung Clemenceaus sind freilich gering. Gerüchte besagen, daß er Briand und Renaudel in seine Regierung aufnehmen wolle. Es wäre möglich, daß er damit bei Briand, der sich immer weiter nach rechts entwickelt hat, unter dessen Ministerpräsidentenschaft jene chauvinistischen Pläne auf das linke Rheinufer beschloßen wurden, auf Gegenliebe stößt. Anders stehen die Dinge mit einem Eintritt eines Sozialisten in ein Kabinett Clemenceau. Die geeinigten Sozialisten, die unabhängigen Sozialisten und die Radikalsozialisten haben in gemeinsamen Besprechungen beschloßen, nur einer solchen Regierung ihre Unterstützung zu leihen, die sich entschieden auf die demokratische Linke stützt. Die radikalsozialistische Partei hat erst unlängst auf ihrem Parteitag beschloßen, daß der Eintritt ihrer Mitglieder in ein Ministerium abhängig sein soll vom Beschlusse der radikalsozialistischen Kammerfraktion. Bei der wenig strengen Disziplin, die in den französischen Parteien herrscht, läßt sich freilich nicht voraussagen, ob nicht Teile der Radikalsozialisten schließlich einem Kabinett Clemenceau ihre Stimme geben würden.

Soviel ist aber gewiß, daß Clemenceau im Parlament von vornherein eine entschiedene und gefährliche Mehrheit gegen sich haben würde, die sehr rasch zu einer Mehrheit anwachsen könnte, wenn die nationalistische Politik Clemenceaus die Einklässe von außen, denen jedes Parlament unterliegt, in Frankreich auf ein Höchstmaß steigen würde.

Poincaré und seine Freunde wagen einen verzweifelten Versuch mit der Diktatur im Augenblick, wo die französische Friedensbewegung durch die russischen Ereignisse neue Anstöße erhalten muß. Die nationalistische Presse versucht mit allen Mitteln die Friedensbestrebungen der neuen russischen Regierung in den Augen des französischen Volkes zu diskreditieren, indem sie die russischen Sozialisten als Agenten Deutschlands bezeichnet, die im Interesse der Zentralmächte Waffenstillstand forderten. Sie stellt ihre Friedensvorschläge als „Chimären und Schurkereien“, hin. Ihre Täuschung des Volkes bleibt freilich bei dem Klassenbewußtsein der französischen Arbeiter ohne Erfolg. Am Montag und Dienstag haben in Paris Straßendemonstrationen der Syndikalistens stattgefunden, bei denen Verhaftungen vorgenommen worden sind. Darüber schweigen sich die offiziellen Meldungen aus Frankreich aus, die in der letzten Zeit überhaupt mehr denn je gefährdet waren.

Die Stimmung, die in diesen Kundgebungen zum Ausdruck kommt, steht im schroffsten und unveröhnlichsten Gegensatz zu der Politik, die in der Beauftragung Clemenceaus mit der Kabinettsbildung zum Austrag kommt. Sollte ein Kabinett Clemenceau zustande kommen — und es ist wahrscheinlich, daß Clemenceau schon vorher Fühlung mit Politikern genommen hat, die er in sein Kabinett aufnehmen will —, so wird er vielleicht in der Kammer eine Mehrheit erhalten. Seine Behauptung wird aber nicht nur von der wechselnden Mehrheitsbildung in der französischen Kammer abhängen, sondern mit dieser zugleich von der allgemeinen Stimmung des französischen Volkes und der Stärke, mit der diese Stimmung zum Ausdruck gebracht wird.

Die Beauftragung Clemenceaus mit der Kabinettsbildung zeigt die Gegensätze, die in Frankreich bestehen. Die Absicht der Diktatur auf der einen, Straßenkundgebungen für den Frieden auf der andern Seite zeigen die miteinander ringenden Kräfte, sie zeigen, von welcher Seite der Frieden zu erwarten ist. Kommt das Kabinett Clemenceau zustande, so können die Dinge in Frankreich einer raschen Entscheidung entgegenreifen.

### Eine Anfrage der Sozialisten.

Laut Humanität haben die Sozialisten in der Frage der Entsendung französischer Truppen nach Italien eine neue Dringlichkeitsanfrage in der Kammer eingebracht, deren Beantwortung dem kommenden Ministerpräsidenten zufallen werde.

### Beschprechung der Linken.

Wie Havas aus Paris meldet, begann der Präsident der Republik gestern morgen die Besprechungen zur Lösung der Krise. Die radikal-sozialistische Gruppe der Kammer beschloß, ihre Unterstützung nur einem Kabinett zu gewähren, das sich auf die linksstehenden Grup-